Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» für die Jahre 2024 bis 2026

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 26. September 2023, RRB Nr. 2023/1581

Zuständiges Departement

Departement des Innern

Vorberatende Kommission(en)

Justizkommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Einleitende Bemerkungen.....	5
1.1 Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit	5
1.2 Aktuelle Herausforderungen	5
2. Bezug zu den Planungsgrundlagen des Regierungsrates.....	8
3. Leistungsauftrag und Saldovorgabe	8
3.1 Leistungserbringer	8
3.2 Produktgruppe.....	8
3.2.1 Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung	8
3.2.2 Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung	10
3.2.3 Produktgruppe 3: Strassenverkehr	12
3.3 Saldovorgabe und Verpflichtungskredit.....	14
3.4 Personal	14
3.4.1 Personalentwicklung innerhalb der laufenden Globalbudgetperiode.....	14
3.4.2 Personalentwicklung in der neuen GB-Periode im Vergleich zur laufenden GB-Periode	15
3.4.3 Begründung des notwendigen Personalaufbaus	15
3.5 Veränderungen von Leistungen und Finanzen	17
3.5.1 Veränderungen im Leistungsauftrag	17
3.5.2 Laufende Globalbudgetperiode	18
3.5.3 Neue Globalbudgetperiode	18
4. Finanzgrössen ausserhalb Globalbudget und Investitionen.....	19
5. Rechtliches.....	20
6. Antrag.....	20
7. Beschlussesentwurf	21

Kurzfassung

Die Gewährleistung der Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Die Wahrung der inneren Sicherheit ist eine Staatsaufgabe, die in erster Linie in die originäre Kompetenz der Kantone fällt. Die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung zur Ahndung begangener Straftaten gewährleisten die Sicherheit der Bevölkerung, dienen der Rechtssicherheit und der Attraktivität des Kantons.

Der Leistungsauftrag der Polizei Kanton Solothurn (nachfolgend Polizei) leitet sich aus deren gesetzlichen Aufgaben ab. Durch Prävention und Intervention sind Gefahren auf verhältnismässige Weise abzuwehren oder zu vermindern. Im Rahmen der Repression hat die Polizei als Strafverfolgungsbehörde selbständig oder im Auftrag der Staatsanwaltschaft Straftaten aufzuklären, gerichtsverwertbare Beweise zu erheben, die mutmassliche Täterschaft zu ermitteln und zu Händen der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen.

Entgegen der im RRB Nr. 2023/381 vom 14. März 2023 aufgeführten Budget-Struktur «Polizei» wird das GB wie in der Vergangenheit mit «Polizei Kanton Solothurn» bezeichnet. Die entsprechende Korrektur wird auf die nächste GB-Struktur vorgenommen. Die drei Produktgruppen (Sicherheit und Ordnung, Kriminalitätsbekämpfung, Strassenverkehr), welche diese Aufgaben abbilden, bleiben in der neuen Globalbudgetperiode unverändert. Die Berechnungsgrundlagen der Indikatoren sind demgegenüber teilweise präzisiert, das heisst angepasst worden.

Der Verpflichtungskredit 2024 bis 2026 von 283,0 Mio. Franken ist um 21,3 Mio. Franken höher als der genehmigte Verpflichtungskredit gemäss SGB Nr. 0164/2020 von 260,4 Mio. Franken und dem Zusatzkredit gemäss SGB Nr. 0066/2022 von 1,3 Mio. Franken. Der Personalaufwand nimmt um 13,0 Mio. Franken zu. Diese Erhöhung begründet sich zur Hauptsache im Personalzuwachs in der aktuellen Globalbudgetperiode, welcher 2021 bis 2023 gestaffelt vollzogen worden ist und in der Korpserhöhung infolge der Integration der Polizeiaufgaben der Stadtpolizei Grenchen (total 9,3 Mio. Franken). Hinzu kommt der notwendige Personalaufbau von 10 Mitarbeitenden in den Jahren 2024-2026 (2,7 Mio. Franken) und der weitere Personalaufwand. Der Sachaufwand erhöht sich um 6,5 Mio. Franken, insbesondere aufgrund höherer Abschreibungen, aufgrund von Anschaffungs- und Wartungskosten im IT-Bereich und höherer Kosten für Unterhalt und Anschaffungen, Beiträge, Honorare und Dienstleistungen. Die Erträge reduzieren sich um 2,9 Mio. Franken, insbesondere infolge der neuen Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) über die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen nach Bezug des neuen Schwerverkehrszentrums in Oensingen per 2024 und der Rückübernahme von Sanitätsnotrufdispositionen in den Kantonen Bern und Basel-Landschaft.

- a) Globalbudget: «Polizei Kanton Solothurn»
 - 1. Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung
 - 1.1. Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum
 - 2. Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung
 - 2.1. Aufrechterhaltung der subjektiven und objektiven Sicherheit
 - 3. Produktgruppe 3: Strassenverkehr
 - 3.1. Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen
- b) Verpflichtungskredit 2024 bis 2026 282'980'000 Franken

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» für die Jahre 2024 bis 2026.

1. Einleitende Bemerkungen

1.1 Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit

Die wichtigsten Ziele der Polizei sind die Gewährleistung einer hohen objektiven und subjektiven Sicherheit, der Schutz des Eigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Eine hohe Sicherheit wird durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Prävention und Repression erreicht: Mit zielgerichteter Prävention kann ein Beitrag zur subjektiven Sicherheit geleistet werden, können Gefahren reduziert, Straftaten verhütet und Opfer vermieden werden. Zudem klärt die Polizei Straftaten selbständig oder im Auftrag der Staatsanwaltschaft auf (Repression).

Zur Erreichung dieser Ziele muss die Polizei einen ganzjährigen 24-Stunden-Betrieb mit einer ereignisbezogenen Präsenzdichte aufrechterhalten. Die Polizei arbeitet dezentral an 16 Dienstorten. Die Mitarbeitenden sind nicht nur dort, sondern im ganzen Kanton tätig, denn letztlich bestimmt der Ort des Polizeieinsatzes den Arbeitsort. Eine Vielzahl von technisch anspruchsvollen und modernen Führungs- und Einsatzmitteln gewährleisten, dass die Polizei rasch, flexibel und vernetzt agieren kann. Die dafür notwendige mobile Datenkommunikation mit den hierfür erforderlichen Systemzugriffen bedingt einen entsprechend hohen Sicherheitsstandard.

Der Leistungsauftrag der Polizei leitet sich aus der Kernaufgabe des Staates ab, die Sicherheit zu gewährleisten. Die Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0) und das Gesetz über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (KapoG; BGS 511.11) konkretisieren die Aufgaben und Kompetenzen der Polizei (insbesondere die §§ 1-5 KapoG). Zur Erfüllung des Leistungsauftrages und der Erreichung der konkreten Ziele sind entsprechende Ressourcen unerlässlich. Ein hohes Sicherheitsgefühl (durch Präsenz und rasche Interventionen) bedingt eine angemessene Patrouillendichte. Die objektive Sicherheit ist durch die wirkungsvolle Bekämpfung der verschiedensten Kriminalitätsformen zu gewährleisten. Dazu gehören die herkömmlichen Straftaten (sog. Bringkriminalität wie bspw. Gewaltdelikte, Einbruchskriminalität), die neuen Cyber-Delikte und die Kontrollkriminalität (v.a. strukturierte Kriminalität). Ohne deren Bekämpfung verliert der Rechtsstaat an Glaubwürdigkeit.

1.2 Aktuelle Herausforderungen

Der gesetzliche Leistungsauftrag hat sich in den letzten Jahren qualitativ und quantitativ verändert. Einerseits stellen die gesellschaftlichen und technischen Veränderungen zusammen mit der heterogeneren, zunehmend digitalisierten 24-Stunden-Gesellschaft und den gesetzlichen Rahmenbedingungen (v.a. Anforderungen der StPO) immer höhere Ansprüche an die polizeiliche Bewältigung von Sicherheits-, Kriminalitäts- und Verkehrsaufgaben. Konkret nehmen die Aufwendungen pro Fall weiter zu – unabhängig vom jeweiligen Deliktsbereich. Die Gründe liegen etwa in den gestiegenen Anforderungen an die Beweisführung und in der Rechtsfortentwicklung.

Ansätze der strukturierten Kriminalität sind vorhanden und an sich erkannt. Es handelt sich vorwiegend um Drogen- und Menschenhandel, sei es aus sexuellen Motiven oder zur Ausbeutung der Arbeitskraft. Es sind in sich geschlossene Tätergruppierungen, die Straftaten im Verborgenen begehen. Im Unterschied zu Opfern anderer Gewalttaten und von Vermögensdelikten melden sich Opfer von Menschenhandel aus unterschiedlichen Gründen kaum bei den Behörden.

Auch in den Bereichen Drogenhandel und illegales Glücksspiel besteht von den Beteiligten kein Interesse, sich bei der Polizei zu melden. Aus all diesen Gründen erweist sich die Bekämpfung dieser Delikte als besonders zeitaufwändig, anspruchsvoll und personalintensiv. Die Schweiz ist zur gezielten Bekämpfung von Menschenhandel verpflichtet und der Kantonsrat hat u.a. die Polizei mit der Intensivierung geeigneter Massnahmen beauftragt. Neben dem Schutz der individuellen Rechte der Betroffenen gilt es, die Etablierung krimineller Strukturen sowie die damit verbundenen, in vielerlei Hinsicht negativen Folgen und die kriminelle Unterwanderung der Wirtschaft im Kanton Solothurn frühzeitig zu verhindern.

Weiterhin herausfordernd ist die zunehmende Anzahl unterschiedlicher Cyberdelikte, die zusätzlich zu den auf herkömmliche Weise begangenen Straftaten zu bekämpfen sind. Dies erfordert neue Strukturen und – nicht nur mit Bezug zur Cyberthematik – eine gute Aus- und eine permanente Weiterbildung der Mitarbeitenden.

Folglich nimmt der polizeiliche Leistungsumfang in quantitativer und qualitativer Hinsicht weiter zu, weshalb die bereits im Jahre 2020 beantragte, im politischen Prozess jedoch im Umfang von 10 Stellen gekürzte Pensenerhöhung nach wie vor zwingend ist. Die Notwendigkeit der zusätzlichen Stellen wurde bereits damals begründet ausgewiesen. Die gemachten Ausführungen haben weiterhin Gültigkeit (vgl. dazu RRB Nr. 2020/1313 vom 15. September 2020, Ziff. 1.2, zum Global-budget «Polizei Kanton Solothurn» für die Jahre 2021 bis 2023).

Insbesondere ist die Polizei gemäss der aktuellen Gesetzeslage verpflichtet, Hinweisen auf Straftaten konsequent nachzugehen. Anders als andere Verwaltungsbehörden steht ihr grundsätzlich kein Ermessen zu, bestimmten Aufgaben in geringerem Umfang oder gar nicht mehr nachzukommen. Das oftmals auf dem Spiel stehende Rechtsgut «Leib und Leben» sowie die für Polizeiangehörige geltenden gesetzlichen Anzeige- und Ermittlungspflichten und Verfahrensbestimmungen lassen der Polizei in den allermeisten Fällen keinen Handlungsspielraum.

Damit der Leistungsauftrag weiterhin gesetz- und verhältnismässig erfüllt werden kann, ist mindestens eine gestaffelte Personalerhöhung um 10 Pensen notwendig. Diese sind insbesondere erforderlich, um

- die Cyberkriminalität effektiver zu bekämpfen. Die Gesellschaft und der öffentliche Raum sind zunehmend digital und virtuell. Es gibt kaum mehr Delikte, die mit Bezug auf Tatbegehung oder Beweissicherung keinen digitalen Anknüpfungspunkt aufweisen. Für digitale Ermittlungen im Cyberbereich sind geeignete Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zu rekrutieren, gezielt zu fördern und permanent weiterzubilden; und
- die Polizeipräsenz und die Ermittlungskapazitäten im realen öffentlichen Raum aufrechtzuerhalten. Seit Jahren gehen Stunden für Präsenz, Fahndung und Ermittlung verloren, weil für die einzelnen Ermittlungsverfahren (unabhängig vom Delikt) ein immer grösserer Administrativaufwand zu betreiben ist; und
- die Ansätze der strukturellen Kriminalität (z.B. Drogen- und Menschenhandel, aber auch organisierte Betrugsdelikte) mit den entsprechend spezialisierten Ermittlerinnen und Ermittlern gezielt und zeitnah zu bekämpfen.

Mit der (gekürzten) Bestandserhöhung in der GB-Periode 2021 bis 2023 wurde insbesondere der Fahndungs- und Aktionsdienst geschaffen, welcher erfolgreich agiert. Ausserdem mussten die Pensen zur Begleitung und Unterstützung der Polizeischülerinnen und -schüler im Praxisjahr erhöht und Stellen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) in der Kommando- und Kriminalabteilung geschaffen werden.

Verschiedene interne Optimierungsmaßnahmen dienen der Konzentration auf die polizeilichen Kernaufgaben und der Effizienzsteigerung:

- Die Vereinbarung zur Übernahme der Fischereiaufsicht wurde auf 31.12.2023 gekündigt (im gegenseitigen Einvernehmen verlängert bis 30.04.2024).
- Die administrativen Prozesse werden mit Blick auf ihr Vereinfachungs- und Digitalisierungspotential laufend überprüft.
- Der Polizeiposten Trimbach ist seit dem 01.07.2023 aufgehoben.

Gleichzeitig kündigen sich bereits weitere personalintensive Aufgaben und Herausforderungen an:

- Die Teilnahme der Schweiz an der Prümer Polizeikooperation (automatisierter DNA-Abgleich mit den EU-Staaten),
- Nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Istanbul Konvention 2022-2026 (weniger häusliche Gewalt in der Schweiz) sowie gegen den Menschenhandel 2023-2027,
- die zunehmenden konfrontativen gesellschaftlichen Tendenzen erfordern zur Deeskalation vermehrt Polizei im Sinne der Prävention und Intervention bis hin Personenschutzmassnahmen.

Zudem erkennt der Regierungsrat in der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen in den letzten 2 Jahren in spezifischen, sicherheitsrelevanten und ämterübergreifenden Bereichen Handlungsbedarf:

- In der Stellungnahme zur Kleinen Anfrage Barbara Leibundgut (FDP, Die Liberalen, Bettlach): Fragwürdige Anmeldungen insbesondere von rumänischen Staatsangehörigen in Gemeinden (RRB Nr. 2021/1915 vom 21. Dezember 2021) und zur
- Interpellation Rolf Jeggli (Die Mitte, Mümliswil): Clans mit kriminellem Potential im Kanton Solothurn (RRB NR. 2022/339 vom 8. März 2022) werden die betroffenen Ämter mit der Ausarbeitung geeigneter Schutzmassnahmen beauftragt. Der Polizei wird zudem die entsprechende Koordinationsaufgabe zugewiesen.
- In der Stellungnahme zur Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (RRB Nr. 2022/1931 vom 12. Dezember 2022) attestiert der Regierungsrat ausdrücklich Handlungsbedarf im Bereich Bekämpfung des Menschenhandels und weist gleichzeitig auf den Ressourcenbedarf hin, der für die polizeiliche Repression (für erfolgreiche Ermittlungsverfahren) und die Präventionsarbeit der Polizei (risiko-basierte Kontrollen sowie wirkungsvolle Informations- Sensibilisierungsveranstaltungen, Kampagnen) unerlässlich ist.
- Die Stellungnahme zum Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung nennt verschiedene zweckmässige Massnahmen. Der Regierungsrat hält dazu fest, dass der aktuelle Korpsbestand weder für die angemessene Ausübung der präventiven noch der repressiven Tätigkeiten ausreicht und sich das auszuarbeitende Strategiepapier demzufolge auch zu den finanziellen Auswirkungen zu äussern habe (RRB Nr. 2023/1458 vom 12. September 2023, Ziff. 3.3 und 3.4).

2. Bezug zu den Planungsgrundlagen des Regierungsrates

Legislaturplan 2021-2025		Enthalten in Produktegruppen		
Nr.	Handlungsziel	1	2	3
B.3.3.1	Objektive Sicherheit erhöhen, durch Weiterentwicklung der Kriminalitätsbekämpfung und wirksame Präsenz an Brennpunkten	X	X	
B.3.3.2	Subjektive Sicherheit stärken durch Weiterentwicklung der Präventions- und Informationsarbeit sowie Reduzierung von Gefahren/Beinträchtigungen im öffentlichen Raum	X	X	X
B.3.3.3	In moderne Sicherheitsinfrastruktur investieren	X	X	
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2024-2027		Enthalten in Produktegruppen		
Nr.	Massnahme	1	2	3
5508	Neubau Schwerverkehrszentrum (SVKZ), Kapo, Oensingen	X		X
5652	Stützpunkt Kapo, Oensingen	X	X	
5823	Massnahmenpaket häusliche Gewalt	X	X	

3. Leistungsauftrag und Saldovorgabe

3.1 Leistungserbringer

Name Produktegruppe	Leistungserbringende Dienststelle/Abteilung
1. Sicherheit und Ordnung 2. Kriminalitätsbekämpfung 3. Strassenverkehr	Polizei Kanton Solothurn

3.2 Produktgruppe

Die drei Produktegruppen (Sicherheit und Ordnung, Kriminalitätsbekämpfung, Strassenverkehr) bilden weiterhin die Aufgaben des Hauptauftrages ab, die Sicherheit im Kanton Solothurn zu gewährleisten. In der Produktegruppe 1 sind die sicherheitspolizeilichen Leistungen zusammengefasst, die Produktegruppe 2 widerspiegelt die Polizei als Organ der Strafverfolgung (gerichtspolizeiliche Aufgaben) und in der Produktegruppe 3 liegt der Fokus auf den Tätigkeiten, welche die Verbesserung der Sicherheit auf allen Verkehrsträgern zum Ziel haben, sowohl mit einem präventiven als auch mit einem repressiven Ansatz (verkehrspolizeiliche Aufgaben).

3.2.1 Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung

Sicherheitspolizeiliche Prävention

Mit folgenden Leistungen soll wirksame sicherheitspolizeiliche Präventionsarbeit geleistet werden:

- Analysieren der Sicherheitslage im Kanton und situativ in den Nachbarkantonen und den Ergebnissen entsprechende gezielte, risikobasierte Kontrollen und polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum (z.B. an Brennpunkten wie an Bahnhöfen und Veranstaltungen),

- bürgernaher Kontakt mit verschiedenen Einzelpersonen und Anspruchsgruppen (Gemeindebehörden, Schulleitungen, Asylzentren, etc.) zur Gewährleistung der lokalen und urbanen Sicherheit,
- Patrouillentätigkeit im ganzen Kanton,
- Koordination und Führung der Fachstelle Kantonales Bedrohungsmanagement (KBM und Brückenbauer) zur Verhinderung schwerer Gewalttaten und Entschärfung risikobehafteter Situationen.

Sicherheitspolizeiliche Intervention

Folgende Leistungen sollen die sicherheitspolizeiliche Intervention sicherstellen:

- Rasches Aufgebot von Ersteinsatzkräften zur Gefahrenabwehr, -reduktion und Deeskalation sowie «Einfrieren» von Situationen, die Leib und Leben oder das Eigentum beeinträchtigen,
- allgemeine Kontrolltätigkeit und gezielte Durchführung von Spezial- und Schwerpunktkontrollen an Brennpunkten (u.a. in den Drogenszenen und weiteren Milieubereichen) mit entsprechender Tatbestandsaufnahme und Rapportierung an die Strafverfolgungsbehörden,
- Leisten von Ordnungsdienst (OD) im Kanton,
- Durchsetzung von diversen Nebengesetzen (z.B. im Bereich Umwelt- und Tierschutz, Wirtschafts- und Arbeitsgesetz, etc.).

Sicherheitspolizeilicher Support

Folgende Supportleistungen tragen zur subjektiven und objektiven Sicherheit bei:

- Vollzug des eidgenössischen Waffengesetzes und Bewilligungsverfahren zum Ausüben privater Sicherheitsdienstleistungen,
- Leisten von OD ausserkantonale (Unterstützung von anderen Polizeikorps),
- Vollzugsunterstützung kantonaler und eidgenössischer Behörden (Leisten von Amtshilfe, z. B. Einzug von Armeewaffen im Auftrag des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz (AMB), Zustellungs- und Zuführungsaufträge im Auftrag von Betreibungs- und Konkursämtern, Ausschaffungen im Auftrag von Bund/Kanton, Gefangenentransporte, Anhaltungen im Auftrag des Migrationsamtes (MISA), AMB und des Amtes für Justizvollzug (AJUV), Witschutz-Kontrollen im Auftrag des Amtes für Raumplanung),
- Kantonaler Führungsstab,
- Durchführung der Personenkontrollen an der Schengen-Aussengrenze am Flughafen Grenchen.

Produkte: Sicherheitspolizeiliche Prävention, Sicherheitspolizeiliche Intervention und Sicherheitspolizeilicher Support.

XX	Ziele		Standard	Ist21	Ist22	Soll23	Soll24	Soll25	Soll26
xxx	Indikatoren								
11	Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum								
111	Spezialkontrollen im Milieu (Drogen/Rotlicht etc.)	(>) %		1.3	0.7	1.2	2.2	2.2	2.2
	Bem.: Prozentualer Anteil der im Milieubereich (Drogenszene, Rotlichtmilieu, illegales Wetten und Spielen etc.) eingesetzten Ressourcen im Verhältnis zur Anzahl Mitarbeitender der Sicherheitsabteilung (ohne Verkehrstechnik). Mit der entsprechenden Kontrolldichte (Leistung) wird der Kontrolldruck im Milieu hochgehalten und die Festsetzung von kriminellen Strukturen erschwert (Wirkung).								
112	Rollende Patrouillentätigkeit	(>) %		8.2	7.3	9.5	16.5	16.5	16.5
	Bem.: Prozentualer Anteil der in der rollenden Patrouillentätigkeit eingesetzten Ressourcen im Verhältnis zur Anzahl Mitarbeitender der Sicherheitsabteilung. Eine sichtbare Präsenz (Leistung) stärkt das Sicherheitsgefühl und führt zu raschen Interventionen (Wirkung).								
113	Sicherheitspolizeiliche Präsenz	(>) %		4.3	4.2	5.0	8.2	8.2	8.2
	Bem.: Prozentualer Anteil der in der sicherheitspolizeilichen Prävention (Präsenz) eingesetzten Ressourcen im Verhältnis zur Anzahl Mitarbeitender der Sicherheitsabteilung. Regelmässige sichtbare Präsenz im öffentlichen Raum (Leistung) wirkt dissuasiv, gewährleistet eine hohe objektive Sicherheit und stärkt das subjektive Sicherheitsgefühl (Wirkung).								
114	Anteil der Interventionszeit Polizeidienst unter 10 Minuten	(>) %		77.8	71.1	72.0	72.0	72.0	72.0
	Bem.: Anteil der Interventionen unter 10 Minuten ab Ende Meldungseingang bei elektronischen Alarmmeldungen und ausgewählten Ereignissen bis Eintreffen vor Ort.								

Statistische Messgrössen		Einheit	Ist21	Ist22	Plan23	Plan24	Plan25	Plan26
Ordnungsdienstliche Einsätze (OD-Einsätze) im Kt. SO	Anzahl		8	11				
Geleistete Stunden für OD-Einsätze im Kt. SO	Anzahl		4'503	1'511				
OD-Einsätze ausserhalb Kt. SO	Anzahl		9	4				
Geleistete Stunden für OD-Einsätze ausserhalb Kt. SO	Anzahl		1'824	2'620				
Geleistete Stunden für Kontrolltätigkeit in der Drogenszene	Anzahl		7'935	4'456				
Geleistete Stunden für rollende Patrouillentätigkeit	Anzahl		56'720	51'868				
Geleistete Stunden für sicherheitspolizeiliche Prävention und Spezialkontrollen	Anzahl		29'554	29'953				
Aufträge Betreibungsamt	Anzahl		11'900	11'846				

Produktgruppenergebnis	Einheit	RE21	RE22	VA23	Vergangene GB-Periode			Aktuelle GB-Periode	
					Plan24	Plan25	Plan26		
Kosten	TCHF	27'124	28'821	33'421	89'366	34'699	35'027	35'346	105'072
Erlös	TCHF	-1'219	-1'311	-1'111	-3'641	-1'019	-1'011	-1'012	-3'042
Saldo	TCHF	25'904	27'510	32'311	85'725	33'680	34'016	34'334	102'030

Bemerkungen: Höherer Personal- und Sachaufwand, tiefere Erträge.

3.2.2 Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung

Kriminalpolizeiliche Prävention

Mit folgenden Leistungen sollen Straftaten erfolgreich verhindert werden:

- Regionenweise Durchführung spezialpräventiver «Cyberveranstaltungen» zur Sensibilisierung von Gefahren in der zunehmend internetbasierten Gegenwart (bspw. Onlineanlagebetrüge, Datendiebstahl bzw. -verschlüsselung mit Erpressung),
- zielgruppenorientierte Präventionsveranstaltungen / Referate (von Schülerinnen und Schülern bis zu Seniorinnen und Senioren) zu diversen aktuellen Kriminalitätsphänomenen (bspw. Jugendgewalt, Umgang mit Drogen und sozialen Medien [betr. strafrechtlichen Aspekten], häusliche Gewalt, Telefonbetrug, etc.),
- individuelle Sicherheitsberatungen über den baulichen und technischen Einbruchschutz.

Kriminalpolizeiliche Repression

Mit folgenden Leistungen soll strafbares Verhalten erkannt, konsequent verfolgt und spürbar geahndet werden:

- Professionelle Tatbestandsaufnahme und Rapportierung sowie Führen von effizienten Ermittlungsverfahren in enger Zusammenarbeit mit der Staats- und Jugendanwaltschaft. Dazu gehören das Erheben und Dokumentieren von Personalbeweisen

(Durchführung von Einvernahmen, Kommunikationsüberwachung) und von Sachbeweisen (bspw. kriminaltechnische Spurensicherung und -auswertung, Dokumentation in physischer und elektronischer Form) sowie Erstellen von Fachexpertisen zuhanden der Staatsanwaltschaft und Gerichte.

- Aktive Vermögensabschöpfung, um nebst der eigentlichen Bestrafung den aus einem Delikt erlangten Gewinn einzuziehen: Straftaten dürfen sich nicht lohnen.

Kriminalpolizeilicher Support

Mit folgenden Supportleistungen sollen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in ihren Ermittlungen wirkungsvoll unterstützt und dadurch erfolgsversprechende Ermittlungsansätze generiert werden:

- Durchführung operativer, taktischer und strategischer Kriminalanalysen und Datenaustausch über die Kriminalitätslage im Konkordatsraum (AG, BE, BL, BS, SO),
- Betrieb des Analysetools PICAR (zur Erkennung und wirksamen Bekämpfung von Serielikten),
- Mitarbeit im regionalen Lagezentrum Nordwestschweiz und Betrieb der Kriminaldatenbank ViCLAS (schwere Sexual- und Gewaltdelikte) als Aussenstelle sowie operative Fallanalyse (OFA) bei Kapitalverbrechen,
- Auswertung im Bereich Sonderelektronik sowie Erstellen kriminaltechnischer und IT-forensischer Gutachten im Auftrag der Staatsanwaltschaft und der Gerichte.

Produkte: Kriminalpolizeiliche Prävention, kriminalpolizeiliche Repression, kriminalpolizeilicher Support:

XX	Ziele		Standard	Ist21	Ist22	Soll23	Soll24	Soll25	Soll26
XXX	Indikatoren								
21	Aufrechterhalten der subjektiven und objektiven Sicherheit								
211	Einbruchs- und Einschleichdiebstähle pro 1'000 Einwohner/in Kanton Solothurn Bem.: Gemeldete Einbruchs- und Einschleichdiebstähle im Verhältnis zur solothurnischen Wohnbevölkerung (Häufigkeitszahl).	($<$) Anz.		3.9	5.6	5.5	5.5	5.5	5.5
212	Aufklärungsquote im Bereich Einbruch-/Einschleichdiebstahl Bem.: Aufgeklärte Einbruch-/Einschleichdiebstähle prozentual zur Anzahl der angezeigten Einbruch-/Einschleichdiebstähle. Eine möglichst hohe Aufklärungsquote (Leistung) führt zu einer erhöhten objektiven und subjektiven Sicherheit (Wirkung), weil die Ermittlung der Täterschaft diese davon abhält, weitere Delikte zu begehen. Zudem vermittelt sie der Bevölkerung ein hohes Sicherheitsgefühl.	($>$) %		19.2	10.3	15.0	15.0	15.0	15.0
213	Aufklärungsquote im Bereich von Straftaten StGB Bem.: Aufgeklärte Straftaten prozentual zu den angezeigten Straftaten im Bereich des Strafgesetzbuches (ohne Straftaten des Betäubungsmittelgesetzes und anderer Nebenstrafgesetze). Eine hohe Aufklärungsquote (Leistung) führt zu einer erhöhten objektiven und subjektiven Sicherheit (Wirkung), indem (Intensiv-) Täter/-innen durch erhöhte Wahrscheinlichkeit ermittelt und von der Begehung (weiterer) Straftaten abgehalten werden.	($>$) %		43.7	38.2	38.0	40.0	40.0	40.0
214	Durchgeführte Präventionsanlässe im Bereich Jugendkriminalität	($>$) Anz.		360.0	403.0	325.0	350.0	350.0	350.0
215	Durchgeführte Präventionsveranstaltungen bzw. Sicherheitsberatungen Bem.: Die Sicherheitsberatungen und Präventionsveranstaltungen führen zu einer erhöhten objektiven und subjektiven Sicherheit (Wirkung), indem diese die Zielgruppe (Erwachsene) motivieren, das eigene Verhalten zu hinterfragen und allenfalls anzupassen (bzw. Schutzmassnahmen zu ergreifen).	($>$) Anz.		200.0	251.0	350.0	300.0	300.0	300.0

Statistische Messgrössen	Einheit	Ist21	Ist22	Plan23	Plan24	Plan25	Plan26
Entreiss- Diebstähle und Raubdelikte	Anzahl	46	62				
Tötungsdelikte (versuchte und vollendete)	Anzahl	9	12				
Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt	Anzahl	755	729				
Ermittlungsverfahren	Anzahl	1'981	1'945				
Cyberdelikte	Anzahl	905	932				
Sichergestellte Datenmenge IT-Forensik/Mobile Forensik	Terabyte	113.80	134.00				
Ladendiebstähle	Anzahl	582	854				
Betäubungsmitteldelikte (schwere Fälle)	Anzahl	63	63				
Menschenhandel	Anzahl	2	0				

Produktgruppenergebnis	Einheit	RE21	RE22	VA23	Vergangene GB-Periode	Plan24	Plan25	Plan26	Aktuelle GB-Periode
Kosten	TCHF	37'544	38'360	39'048	114'952	40'205	40'805	40'980	121'990
Erlös	TCHF	-827	-848	-783	-2'458	-707	-707	-706	-2'120
Saldo	TCHF	36'717	37'512	38'265	112'493	39'498	40'098	40'274	119'870

3.2.3 Produktgruppe 3: Strassenverkehr

Verkehrspolizeiliche Prävention

Mit folgenden Leistungen soll wirksame verkehrspolizeiliche Präventionsarbeit geleistet werden:

- Überwachung des gesamten Strassennetzes und Einleitung von Massnahmen zur Unfallverhütung (u.a. Erkennung besonders unfallträchtiger Orte und Prüfung geeigneter Entschärfungsmassnahmen in Absprache mit dem Amt für Verkehr und Tiefbau) sowie Verkehrsinstruktion,
- Präventionsmassnahmen bei Hauptrisikogruppen zu aktuellen Themen der Verkehrssicherheit,
- Verkehrsunfallprävention an den Berufsschulen im Kanton Solothurn,
- verkehrsspezifische Fachreferate zugunsten Dritter,
- zielgruppenorientierte Präventionsmassnahmen.

Verkehrspolizeiliche Repression

Mit folgenden Leistungen sollen Verkehrsunfälle aufgeklärt und Widerhandlungen gegen die Strassenverkehrsgesetzgebung konsequent verfolgt und (spürbar) geahndet werden:

- Spezialkontrollen im Bereich der Hauptrisikogruppen für schwere Unfälle (Fahren in angetrunkenem Zustand, unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss und/oder mit überhöhter Geschwindigkeit) und der Hauptunfallursachen (u.a. Ablenkung durch elektronische Geräte, Missachtung des Vortritts),
- gezielte Kontrollen bei Auftreten bestimmter Phänomene (Lärm, Raser/-innen, Trendfahrzeuge, etc.),
- Schwerverkehrskontrollen im Auftrag des Bundes (inkl. Arbeits- und Ruhezeitkontrollen [ARV] bei Fahrzeuglenker/-innen und Betrieben),
- Rapportierung (Tatbestandsaufnahme, Beweissicherung, etc.) der Unfälle sowie der Widerhandlungen zuhanden der Strafverfolgungsbehörde.

Verkehrspolizeilicher Support

Folgende Supportleistungen tragen zur subjektiven und objektiven Sicherheit im Strassenverkehr bei:

- Einziehung von Kontrollschildern im Auftrag der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) und Ausstellung verkehrspolizeilicher Bewilligungen (für Anlässe, Parkkarten für gehbehinderte Personen, Ausnahmetransporte),
- Erstellung diverser Statistiken im Bereich Verkehr.

Produkte: Verkehrspolizeiliche Prävention, verkehrspolizeiliche Repression, verkehrspolizeilicher Support, Dienstleistungen für die MFK und für Stadtpolizeien.

XX	Ziele							
xxx	Indikatoren	Standard	Ist21	Ist22	Soll23	Soll24	Soll25	Soll26
31	Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen							
311	Unfälle wegen Alkohol und Drogen pro 1'000 im Kt. SO immatrikulierter Fahrzeuge	(-) Anz.	0.66	0.71	0.65	0.65	0.65	0.65
312	Unfälle wegen Geschwindigkeit pro 1'000 im Kt. SO immatrikulierter Fahrzeuge	(-) Anz.	0.73	0.61	0.65	0.65	0.65	0.65
313	Einsatztage semi-stationäre Anlagen (SEMISTA)	(-) Anz.	666	624	570	590	590	590
314	Max. erfasste durchschn. Übertretungsquote bei mobilen Kontrollen (innerorts)	(-) %	7.0	7.3	9.0	8.0	8.0	8.0
315	Max. erfasste durchschn. Übertretungsquote bei mobilen Kontrollen (ausserorts)	(-) %	7.0	6.9	10.0	8.5	8.5	8.5
316	Kontrollierte Fahrzeuge bei Schwerverkehrskontrollen, SVK	(-) Anz.	6'065	5'961	6'000			

Statistische Messgrössen	Einheit	Ist21	Ist22	Plan23	Plan24	Plan25	Plan26
Anzeigen aufgrund der Vornahme einer Verrichtung, welche die Bedienung des Fahrzeuges erschweren	Anzahl	740	559				
Fahren in angetrunkenem Zustand (FiaZ) / Fahren unter Drogen (FuD) ohne Unfall	Anzahl	672	692				
Ordnungsbussen infolge der Verwendung eines Telefons ohne Freisprecheinrichtung während der Fahrt	Anzahl	2'455	2'266				
Ordnungsbussen (ohne Geschwindigkeit)	Anzahl	19'769	18'521				
Ordnungsbussen aus Geschwindigkeitsmessungen	Anzahl	195'054	207'341				
Schildereinzugsaufträge MFK	Anzahl	1'395	1'564				
Anzeigen aus Geschwindigkeitsmessungen	Anzahl	2'534	2'931				
Kontrollierte Fahrzeuge bei ARV-Betriebskontrollen	Anzahl	517	442				
Freihändige Vergaben > 100 TCHF	Anzahl	1					
Totalbetrag freihändige Vergaben > 100 TCHF	MCHF	0.23					
Vergaben im Einladungsverfahren	Anzahl	3	1				
Totalbetrag Vergaben im Einladungsverfahren	MCHF	0.51	0.23				
Vergaben im selektiven Verfahren	Anzahl	0					
Totalbetrag Vergaben im selektiven Verfahren	MCHF	0.00					
Vergaben im offenen Verfahren	Anzahl	4					
Totalbetrag Vergaben im offenen Verfahren	MCHF	1.96					
Vergaben, die nicht entsprechend dem Grenzbetrag vergeben wurden (§15 Abs. 2 Submissionsgesetz)	Anzahl	1					
Totalbetrag Vergaben, die nicht entsprechend dem Grenzbetrag vergeben wurden (§15 Abs. 2 Submissionsgesetz)	MCHF	0.23					
Vergaben ausserhalb Vergaberecht gem. §5 Submissionsgesetz in Verbindung mit Art. 10 IVöB	Anzahl						
Total Vergaben ausserhalb Vergaberecht gem. §5 Submissionsgesetz in Verbindung mit Art. 10 IVöB	MCHF						
Gemeinsame Beschaffungen mit dem Bund oder anderen Kantonen (Art. 5 Abs. 2 und 3 IVöB)	Anzahl		1				
Totalbetrag gemeinsame Beschaffungen mit dem Bund oder anderen Kantonen (Art. 5 Abs. 2 und 3 IVöB)	MCHF		0.34				

Produktgruppenergebnis	Einheit	RE21	RE22	VA23	Vergangene GB-Periode	Plan24	Plan25	Plan26	Aktuelle GB-Periode
Kosten	TCHF	16'886	18'370	17'513	52'769	17'729	17'611	17'790	53'130
Erlös	TCHF	-3'875	-3'897	-3'718	-11'490	-3'243	-3'150	-3'150	-9'543
Saldo	TCHF	13'011	14'473	13'795	41'279	14'486	14'461	14'640	43'587

3.3 Saldovorgabe und Verpflichtungskredit

Saldovorgabe

	Einheit	RE21	RE22	VA23	Vergangene GB-Periode	VA24	Plan25	Plan26	Aktuelle GB-Periode
Aufwand	TCHF	88'905	92'865	96'432	278'202	98'470	99'270	99'944	297'684
Ertrag	TCHF	-5'921	-6'056	-5'612	-17'589	-4'968	-4'868	-4'868	-14'704
Globalbudgetsaldo	TCHF	82'984	86'809	90'820	260'613	93'502	94'402	95'076	282'980
Saldo der internen Verrechnungen	TCHF	-7'352	-7'314	-6'450	-21'116	-5'837	-5'827	-5'828	-17'492
Produktgruppenergebnis Total									
Kosten	TCHF	81'554	85'551	89'982	257'086	92'633	93'443	94'116	280'192
Erlös	TCHF	-5'921	-6'056	-5'612	-17'589	-4'968	-4'868	-4'868	-14'704
Saldo	TCHF	75'632	79'494	84'370	239'497	87'665	88'575	89'248	265'488
1 Sicherheit und Ordnung									
Kosten	TCHF	27'124	28'821	33'421	89'366	34'699	35'027	35'346	105'072
Erlös	TCHF	-1'219	-1'311	-1'111	-3'641	-1'019	-1'011	-1'012	-3'042
Saldo	TCHF	25'904	27'510	32'311	85'725	33'680	34'016	34'334	102'030
2 Kriminalitätsbekämpfung									
Kosten	TCHF	37'544	38'360	39'048	114'952	40'205	40'805	40'980	121'990
Erlös	TCHF	-827	-848	-783	-2'458	-707	-707	-706	-2'120
Saldo	TCHF	36'717	37'512	38'265	112'493	39'498	40'098	40'274	119'870
3 Strassenverkehr									
Kosten	TCHF	16'886	18'370	17'513	52'769	17'729	17'611	17'790	53'130
Erlös	TCHF	-3'875	-3'897	-3'718	-11'490	-3'243	-3'150	-3'150	-9'543
Saldo	TCHF	13'011	14'473	13'795	41'279	14'486	14'461	14'640	43'587

Verpflichtungskredit

		Jahre der GB-Periode 2024-2026				
		Schweizer Franken	2024	2025	2026	Total
Globalbudget	Verpflichtungskredit		93'502'000	94'402'000	95'076'000	282'980'000
	Zusatzkredit					
	Total		93'502'000	94'402'000	95'076'000	282'980'000

3.4 Personal

Anzahl Pensen / Stellenprozente	Stand per 31. Dez.	Vergangene GB-Periode			Aktuelle GB-Periode				
		IST21	IST22	Plan23	Plan24	Plan25	Plan26		
Pensen Mitarbeitende		556.0	571.1	583.0	1'710.1	586.0	589.0	593.0	1'768.0
Anzahl Mitarbeitende		605	618	640	1'863	643	646	650	1'939
Anzahl Lernende		0	0	0	0	0	0	0	0

3.4.1 Personalentwicklung innerhalb der laufenden Globalbudgetperiode

	GB-Periode 2021–2023 SOLL gem. SGB 0164/2020			GB-Periode 2021–2023 IST/VA		
	2021 Plan	2022 Plan	2023 Plan	2021 IST	2022 IST	2023 VA
Pensenbestand Mitarbeitende per 31. Dez.				556,0	571,1	583,0 ¹
Jahresdurchschnittlicher Pensenbestand	548,0	558,0	568,0	546,6	564,9	583,0
Durchschnittlicher Bestand je GB-Periode	558,0 Pensen			1'564,8 Pensen		
Durchschnittlicher Bestand je GB-Periode exkl. Integration Stadtpolizei Grenchen				560,0 Pensen		
Kosten je GB-Periode	221,5 Mio. Franken			223,6 Mio. Franken		
Personelle Mehrkosten GB-Periode 2021–2023	2,1 Mio. Franken					

¹ inkl. 15 Pensen (Integration Stadtpolizei Grenchen)² inkl. 1,5% Teuerungszuschlag per 01.01.2023 und Zusatzkredit Integration Stadtpolizei Grenchen

Grundsätzlich ist der Personalbestand fluktuationsbedingten Schwankungen unterworfen (Planungshorizont für Korpsangehörige rund 2 Jahre).

3.4.2 Personalentwicklung in der neuen GB-Periode im Vergleich zur laufenden GB-Periode

	GB-Periode 2021–2023			GB-Periode 2024–2026		
	IST			Soll		
	2021 IST	2022 IST	2023 VA	2024 VA	2025 FP	2026 FP
Pensenbestand Mitarbeitende per 31. Dez.	556,0	571,1	583,0			
Jahresdurchschnittlicher Pensenbestand: Korpsangehörige inkl. Polizeiliche Sicherheitsassistent/-innen (PSA) und Polizeischüler/-innen im 2. Jahr ab 2021	425,6	438,6	458,2	463,5	472,7	474,7
Zivilangestellte inkl. Polizeischüler/-innen im 1. Jahr	121,0	126,3	124,8	122,5	116,3	117,3
Total Personalzahlen in Pensen (Jahresdurchschnitt)	546,6	564,9	583,0	586,0	589,0	593,0
Durchschnittlicher Bestand je GB-Periode	564,8 Pensen			589,0 Pensen		
Kosten je GB-Periode	223,6 Mio. Franken			236,6 Mio. Franken		
Mehrkosten GB-Periode 2024 – 2026	13,0 Mio. Franken					

In der neuen Globalbudgetperiode soll in den Produktgruppen (Sicherheit und Ordnung sowie Kriminalitätsbekämpfung) ein gestaffelter Personalaufbau (3/3/4) über die Jahre 2024-2026 erfolgen. Aufgrund des polizeispezifischen Rekrutierungsprozesses und der erhöhten Fluktuationen wird der Personalaufbau im operativen Bereich verzögert spürbar. Der Personalaufbau kann nicht über den Stellenmarkt erfolgen, sondern über die Erhöhung der Polizeischulkontingente, welche aufgrund der vermehrten Abgänge ohnehin höher sein werden.

3.4.3 Begründung des notwendigen Personalaufbaus

Trotz all den neuen Herausforderungen blieb die Polizeidichte im Kanton Solothurn in den letzten Jahren ungefähr gleich. Gesamtschweizerisch rangiert der Kanton Solothurn 2022 mit 1 Polizeiangehörigen auf 608 Einwohnerinnen und Einwohnern **weit unter dem schweizerischen Durchschnitt** (1 Polizeiangehörige/-r auf 466 Einwohner/-innen) auf dem **19. Platz. In Kombination mit der dritthöchsten Kriminalitätsbelastung schweizweit** ist der personelle Unterbestand erheblich. Die zwei Kantone mit einer höheren Kriminalitätsbelastung weisen eine höhere Polizeidichte auf. Selbst die Mehrheit der Kantone mit einer tieferen Kriminalitätsbelastung verfügen über eine höhere Polizeidichte als der Kanton Solothurn. Abgesehen davon, dass der administrative Aufwand zunimmt, verhindert die Erledigung der Strafanzeigen derart vieler Delikte mit derart wenigen Korpsangehörigen, dass genügend Polizeiangehörige präventiv tätig sein oder Hinweisen nachgehen können. Eine weitere Folge ist die übermässige Belastung der einzelnen Mitarbeitenden.

Grundsätzlich wurde bereits im Herbst 2022 die Notwendigkeit einer Korpserhöhung von 38 Pensen plausibel ausgewiesen. Allein unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums und der sich abzeichnenden neuen Aufgaben ist die nunmehr beantragte Aufstockung um die damals gestrichenen 10 Pensen an sich immer noch zu wenig. Sie fehlen vor allem in den drei folgenden Bereichen:

Digitalisierung der Polizeiarbeit – Cyberkriminalität

Die aktuellen Ressourcen der Sicherheits- und Kriminalabteilung im digitalen Bereich sind nicht ausreichend, um die aktuellen Ermittlungsbedürfnisse und Herausforderungen der digitalen Kriminalität zu bewältigen. Heute gibt es kaum mehr Delikte, die keinen Bezug zur Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) aufweisen. Die moderne Kriminalität beziehungsweise deren

Bekämpfung ist zunehmend digital geprägt. Digitale Daten gewinnen grundsätzlich im Kriminalitätsbereich an Bedeutung. Die Menge und die Vielfalt von digitalen Daten haben in den letzten Jahren explosionsartig zugenommen und diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Um die Kriminalität erfolgreich bekämpfen zu können und den Rechtsstaat auch im virtuellen Raum glaubwürdig durchzusetzen, müssen die modernen Technologien und die vorhandenen Daten genutzt werden können. Daten und Technologien verändern die Polizeiarbeit laufend. Zusätzliche Ressourcen sowie eine Professionalisierung und Spezialisierung sind zwingend nötig. Sowohl die wirkungsvolle Prävention im Cyberbereich (u.a. im Kontakt zur Bevölkerung) als auch die erfolgreiche Aufklärung von Delikten (digitale Beweiserhebung, -sicherung und -auswertung) verlangen von den Mitarbeitenden der Sicherheitsabteilung und den Ermittlerinnen und Ermittlern der Kriminalabteilung ein stets aktuelles Fachwissen (Know-how), entsprechende technische Fähigkeiten und eine angepasste Ermittlungsarbeit.

Ohne entsprechende Ressourcenerhöhung und Stärkung der vorhandenen Kompetenzen ist davon auszugehen, dass die Polizei Kanton Solothurn im Vergleich zu anderen Kantonen in Bezug auf Know-how (und Ressourcen) zurückfällt und die Aufklärungsquote sinkt. Zudem beruht das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auf den Erfolg und das Vertrauen in die Polizeiarbeit. Wenn sich die Polizei nur im realen, jedoch kaum im digitalen Raum professionell bewegt, leidet die subjektive Sicherheit. Aufgrund der gekürzten Stellenerhöhung musste bspw. auf einen aktiven Beitrag der Polizei in der Cyberprävention bei verschiedensten Bevölkerungsgruppen weitgehend verzichtet werden.

Angemessene Polizeipräsenz sowie Ermittlungs- und Fahndungskapazitäten gewährleisten

Ermittlungsverfahren sind umfangreicher und aufwändiger geworden (vor allem in Bezug auf Einvernahmen und Anzeigeerstellung). Zusätzlich sind sie auch komplexer geworden (allgemein hinsichtlich Formalisierung und besonders betreffend die Gewährung der Teilnahmerechte). Dieser erheblich grössere Aufwand für die gesetzeskonforme Fallbearbeitung im Innendienst ging zusehends zu Lasten der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum sowie der Fahndungs- und Ermittlungstätigkeiten. Die Entwicklung zeigt sich exemplarisch in der gestiegenen Anzahl bearbeiteter Ermittlungsaufträge und durchgeführter Einvernahmen. Der Fahndungsdienst kann seit Einführung der StPO kaum mehr seiner eigentlichen, namensgebenden Aufgabe nachkommen, sondern ist im Wesentlichen mit der Abarbeitung von Aufträgen der Staatsanwaltschaft beschäftigt. Selbst die Mitarbeitenden der Regionenpolizei sind zu rund 70 % mit Büroaufgaben betraut.

Die Pensenerhöhung ist notwendig, um die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum sowie Ermittlungs- und Fahndungskapazitäten angemessen zu gewährleisten. Ohne diese könnte die Polizei ihren gesetzlichen Aufgaben der Verhinderung und Aufklärung von Straftaten nicht mehr im erforderlichen Mass nachkommen. Zahlreiche Präventionsmassnahmen und rasche Reaktionen auf unterschiedliche Anliegen der Bevölkerung (Littering, übermässiger Autolärm, Poser- und Trendfahrzeuge, etc.) mit zeitnahen Interventionen könnten nicht im gewünschten Umfang erfolgen.

Bekämpfung der strukturellen Kriminalität

Im Kanton Solothurn sind Ansätze von struktureller Kriminalität vorhanden. In den letzten Jahren haben sich die Hinweise gehäuft. Der neu geschaffene Dienst ist zwar erfolgreich auf der mittleren Betäubungsmittelhandelsebene. Im Bereich der Kontrollkriminalität (bei Menschen- und Drogenhandel, illegalen Spielbankenspiele, organisierter Begehung von Vermögensdelikten und Begleitdelikten wie Straftaten gegen Leib und Leben, Drohungen, Nötigungen und Geldwäscherei) besteht zusätzlicher Handlungsbedarf. Denn mit den heutigen Ressourcen ist die Bekämpfung dieser Straftaten nicht im erforderlichen Mass möglich. Aktuell ist die Polizei nur in der Lage, rund alle zwei Jahren in einem solchen Deliktskomplex gegen die Tätergruppierung zu ermitteln und die Straftaten zur Anzeige zu bringen.

Das Ziel muss sein, kriminelle Strukturen möglichst frühzeitig zu erkennen, rasch und flexibel gegen die Tätergruppierungen vorzugehen sowie mindestens einmal pro Jahr gezielt zu ermitteln. Ein solch permanenter Kontroll- und Ermittlungsdruck erhöht für die Täterinnen und Täter das Risiko massgeblich und entfaltet dadurch allgemein eine präventive Wirkung. Die Etablierung krimineller Strukturen wird deutlich unattraktiver.

Ohne die Ressourcenerhöhung muss hingegen mit der weiteren Ausbreitung und Verfestigung struktureller Kriminalität und mit der Entstehung parallelgesellschaftlicher Strukturen mit weiteren unerwünschten Begleiterscheinungen gerechnet werden. Neben höheren Schadenssummen, z.B. verursacht durch Gewaltdelikte oder Sozialversicherungsbetrug, ist eine Zunahme von Opfern zu erwarten und die Bevölkerung verliert ihr Vertrauen in den Rechtsstaat.

Damit grössere Ermittlungsverfahren beispielsweise im Bereich der illegalen Spielbankenspiele oder des Menschenhandels nachhaltig wirken, ist mit den oben beantragten sicherheitspolizeilichen Ressourcen der Kontrolldruck aufrecht zu halten.

3.5 Veränderungen von Leistungen und Finanzen

3.5.1 Veränderungen im Leistungsauftrag

Der allgemeine gesetzliche Leistungsauftrag bleibt grundsätzlich gleich. Allerdings führen die gesellschaftlichen und rechtlichen Veränderungen, kombiniert mit dem technologischen Wandel, zu einem höheren personellen und sachlichen Aufwand, um den Leistungsauftrag zu erfüllen.

Folgende Leistungsindikatoren werden in der neuen Globalbudgetperiode ersetzt oder angepasst:

Nr.	Wegfallende Indikatoren	Nr.	Präzisierte Berechnungsgrundlagen
316	Kontrollierte Fahrzeuge bei Schwerverkehrskontrollen	111	Spezialkontrollen im Milieu (Drogen/Rotlicht etc.)
		112	Rollende Patrouillentätigkeit
		113	Sicherheitspolizeiliche Präsenz

Neu ist folgende statistische Messgrösse: Kontrollierte Fahrzeuge bei Schwerverkehrskontrollen. Folgende Messgrösse wurde gestrichen: Ordnungsbussen infolge der Verwendung eines Telefons ohne Freisprecheinrichtung während der Fahrt.

3.5.2 Laufende Globalbudgetperiode

Verpflichtungskredit GB-Periode 2021-2023		in Mio. CHF	
Genehmigter Verpflichtungskredit gemäss SGB Nr. 0164/2020		260,4	
Zusatzkredit gemäss SGB Nr. 0066/2022 vom 28. Juni 2022		1,3	
+1,5 % Lohnerhöhung infolge Teuerungsausgleich per 1. Januar 2023 gemäss RRB Nr. 2022/1659 vom 7. November 2022		1,1	
Bereinigter Verpflichtungskredit		262,8	
Voraussichtliches Ergebnis des Verpflichtungskredits (RE21 + RE22 + VA23)		260,6	
Zu begründende Differenz		-2,2	
Begründung		Detail	Total
Total Personalaufwand			-0,7
- Lohnaufwand		-0,9	
- Übriger Personalaufwand		+0,2	
Total Sachaufwand			-0,4
- Wartung/Unterhalt Informatik		-0,8	
- Übriger Sachaufwand		+0,4	
Total Erträge			-1,1
- Dienstleistungsertrag		-0,2	
- Verkäufe/Rückerstattungen		-0,4	
- Entschädigungen Bund/Kantone		-0,5	
Total			-2,2

3.5.3 Neue Globalbudgetperiode

Der neue Verpflichtungskredit für die Globalbudgetperiode für 2024–2026 ist mit total 283,0 Mio. Franken um 22,4 Mio. Franken höher als das voraussichtliche Ergebnis des Verpflichtungskredits 2021 bis 2023.

Vergleich der vergangenen und zukünftigen GB-Periode		in Mio. CHF	
Voraussichtliches Ergebnis des Verpflichtungskredits (RE21 + RE22 + VA23)		260,6	
Beantragter Verpflichtungskredit 2024–2026		283,0	
Zu begründende Differenz		+22,4	
Begründung		Detail	Total
Total Personalaufwand			+13,0
- Gestaffelter Personalaufbau in der Globalbudgetperiode 2021 bis 2023 sowie Korpserrhöhung per 1.1.2023 infolge Integration der polizeilichen Aufgaben der Stadtpolizei Grenchen (5,5 Mio. Franken und 3,8 Mio. Franken)		+9,3	
- Neue Mitarbeitende: 2024: +3,0, 2025: +3,0, 2026: +4,0 = Total 10		+2,7	
- Personalaufwand (Erfahrungszuschlag, Ferien- und Überzeitabgrenzungen, Dolmetscher/-innen, Personalrekrutierungen, EO)		+1,0	

Total Sachaufwand	+6,5
- IT-Aufwand (Wartung +TCHF 900, PTI/HPI, CyberCrime +TCHF 910, Lizenzen +TCHF 690)	+2,5
- Abschreibungen insbesondere Polycom WEP 2030 und IT	+2,3
- Beiträge und restlicher Sachaufwand (Beiträge Kantone +TCHF 453, Wertberichtigung Forderungen +TCHF 370, Schichtspesen +TCHF 270)	+1,3
- Entschädigung Stadtpolizei SO/Grenchen	-1,3
- Unterhalt und Anschaffungen (Korpsmaterial, Fahrzeuge, Treibstoff, Mobilien, Waffen u. Dienstkleider)	+1,2
- Dienstleistungen und Honorare	+0,5
Total Erträge	+2,9
- Minderertrag Dienstleistungen	+1,1
- Beiträge Bund und Kantone	+1,0
- Entschädigungen Bund und Kantone	+0,6
- Minderertrag Verkäufe	+0,2
Total	+22,4

Für die Erhöhung des Verpflichtungskredits sind folgende Faktoren verantwortlich:

- Da der Personalaufbau in den Jahren 2021-2023 gestaffelt vorgenommen wurde, hat dies ebenfalls einen Einfluss auf die neue GB-Periode 2024-2026 (tiefere Personalosten in den Jahren 2021 und 2022 müssen zusätzlich ausgeglichen werden). Zudem wird nochmals ein gestaffelter Pensenaufbau von 583 auf 593 Pensen bis zum Jahr 2026 beabsichtigt.
- Beim Sachaufwand entstehen höhere Abschreibungskosten unter anderem aufgrund des erhöhten Investitionsbudgets infolge Polycom WEP 2030 und Neu- und Ersatzinvestitionen im IT-Bereich. Zusätzlich entstehen Mehraufwendungen vor allem in der IT, bei den Dienstleistungen und Honoraren sowie bei den Beiträgen und dem übrigen Sachaufwand. Durch die Integration der Stadtpolizei Grenchen ergibt sich ein Minderaufwand bei der Entschädigung der Stadtpolizei. Mindererträge ergeben sich vor allem aus der Kündigung der Leistungsvereinbarung der Rettungsdienste Nordwestschweiz, des Spitalamtes des Kantons Bern (je Wegfall der Dienstleistung Sanitätsdisposition), sowie der angepassten Leistungsvereinbarung mit dem ASTRA nach Bezug des neuen Schwerverkehrszentrums in Oensingen.

4. Finanzgrössen ausserhalb Globalbudget und Investitionen

	Tausend Schweizer Franken	RE21	RE22	VA23	Plan24	Plan25	Plan26
Finanzgrössen ausserhalb Globalbudget							
Bussen		-15'205	-16'454	-17'100	-17'300	-17'300	-17'300
OB-Einnahmen der Stadt Solothurn		-1'126	-1'002	-700	-700	-700	-700
Investitionen							
Investitionen		2'476	4'005	3'260	4'371	2'530	2'460

Bemerkungen: Bei den Investitionen stehen in den Jahren 2024 bis 2026 Ersatz- und Neubeschaffungen an für: IT-Investitionen (5,4 Mio. Franken), Polycom (2,2 Mio. Franken), elektronische Verkehrsüberwachung (1,6 Mio. Franken) und Mieterausbau (0,1 Mio. Franken).

5. Rechtliches

Der nachfolgende Beschluss untersteht als gebundene Ausgabe (Verpflichtungskredit) nicht dem fakultativen Referendum nach Art. 36 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1; Art. 37 Abs. 1 Bst. C KV).

6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Brigit Wyss
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

7. **Beschlussesentwurf**

Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» für die Jahre 2024 bis 2026

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)²⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1581), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1. Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung
 - 1.1.1. Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum
 - 1.2. Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung
 - 1.2.1. Aufrechterhaltung der subjektiven und objektiven Sicherheit
 - 1.3. Produktgruppe 3: Strassenverkehr
 - 1.3.1. Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen
2. Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 282'980'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

¹⁾ BGS 111.1

²⁾ BGS 115.1

Verteiler KRB

Departement des Innern (3; RUE, SIM, HIT)
Polizei Kanton Solothurn, Polizeikommando
Finanzdepartement
Amt für Finanzen (5)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentscontroller
Parlamentsdienste